

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drag II, Trifanjanla 16 • Telrad.: 26795, 31409, Nachdruck: (ab 21 Uhr): 33858 • Dollschraml: 57544

12. Jahrgang.

Sonntag, 21. August 1932

Nr. 197.

Ein Beharrungsbeschluss im österreichischen Nationalrat.

Wien, 20. August. (N.N.) Der Nationalrat hielt um halb 1 Uhr mittags eine kurze Sitzung ab, in der die Einsprüche des Bundesrates, darunter auch gegen den Laufanner Vertrag, den zuständigen Ausschüssen zugewiesen wurden, welche sofort nach Schluss der Hausung die Beratungen aufnahmen.

Der Hauptausschuss hat unmittelbar nach der Hausung gegen den Einspruch des Bundesrates bezüglich des Laufanner Protokolls einen Beharrungsbeschluss mit elf gegen zehn Stimmen gefasst.

Die Entscheidung über das endgültige Schicksal des Laufanner Protokolls wird erst am Dienstag, den 23. August, fallen. Der Nationalrat hat nach der Trauerfeier für den verstorbenen früheren Bundeskanzler Dr. Schöber die nächste Sitzung erst auf diesen Tag anberaunt.

Nordische sozialistische Konferenz in Kopenhagen.

In Kopenhagen fand am 10. August eine Konferenz statt unter Beteiligung von Vertretern der gewerkschaftlichen und politischen Hauptorganisationen der Arbeiterbewegung in Finnland, Schweden und Dänemark.

Die Sitzung, welche vom Staatsminister Th. Stauning geleitet wurde, bedeutete die Wiederaufnahme der früheren inoffiziellen organisatorischen Zusammenarbeit (in gleicher Form), die durch die Ereignisse innerhalb der nordischen Arbeiterbewegung 1920/21 unterbrochen worden war.

In der Sitzung wurde mitgeteilt, daß man auch mit der Beteiligung Islands an der eingeleiteten Zusammenarbeit rechnen darf, daß aber die isländischen Organisationen verhindert waren, sich an dieser ersten Sitzung vertreten zu lassen.

Die Vertreter bedauerten, daß die Arbeiterpartei und der Gewerkschaftsbund Norwegens die internationalen und damit die nordischen Beziehungen unterbrochen hatten, weshalb die nordischen Arbeiter an der abgehaltenen nordischen Konferenz nicht vertreten sein können.

Das Komitee verhandelte über die Formen der künftigen nordischen Zusammenarbeit, und es wurden verschiedene Entschlüsse zur Förderung derselben gefasst.

Ueber die privaten bewaffneten Korps kam die Aufsicht der Sitzung in der Annahme folgender Resolution zum Ausdruck:

Das Komitee für die Zusammenarbeit der nordischen Arbeiterbewegung stellt fest, daß das Bestehen privater, bewaffneter Korps sich als eine ernsthafte Gefahr für die friedliche gesellschaftliche Entwicklung erwiesen hat. Es ist eine wichtige demokratische Aufgabe, die Bildung und Aufrechterhaltung solcher Korps zu verhindern.

Nur die Gesellschaft selber darf im Besitz der Waffnen sein, welche zur Ausübung des Schutzes nach innen und des Sicherheitsdienstes nach außen hin erforderlich sind.

Das Komitee begrüßt es, daß die dänische Regierung in ihrem Abrüstungsvorschlag ein Verbot gegen private, bewaffnete Korps aufgenommen hat und daß die schwedische Sozialdemokratie im Reichstag ein Verbot derartiger Korps gefordert hat.

Das Komitee appelliert an alle Freunde der Demokratie, daß sie die Forderung solcher Verbote unterstützen, damit die Gefahr gewalttätiger Zusammenstöße zwischen verschiedenen Interessengruppen der Gesellschaft beseitigt werde.

An die deutsche Sozialdemokratie wurde ein telegraphischer Gruß abgesandt.

Zum Schluß behandelte man verschiedene Fragen in Verbindung mit der internationalen Wirtschaftslage.

Es wurde beschlossen, das Sekretariat des Komitees abwechselnd in den verschiedenen Ländern seinen Sitz haben zu lassen. Zunächst bleibt der Sitz des Komitees in Dänemark.

Die spanischen Putschisten waren reich!

Paris, 20. August. Havas berichtet aus Madrid: Der konfiszierter Grundbesitz der am letzten Putschveruch beteiligten Personen repräsentiert einen ganz enormen Wert. Allein die jährlichen Einkünfte, die der Staat für die Durchführung der Agrarreform verwenden will, werden auf mehr als 200 Millionen Peseten veranschlagt.

Preußenlandtag am 1. September.

Koalitionsverhandlungen Zentrum-Nazi dauern an.

Berlin, 20. August. (Tsch. P.-B.) Der Präsident des preussischen Landtages Kerrl hat nunmehr das Landtagsplenum für Donnerstag, den 1. September 13 Uhr zusammenberufen. Die Tagesordnung steht große politische Debatten über die Einsetzung des Reichskommissärs in Preußen und die verschiedenen blutigen Zusammenstöße vor. Freitag, den 2. September sind Abstimmungen angesetzt, u. a. auch über die verschiedenen Vergewaltigungsanträge, vor deren Beschlußfassung das Haus in seinem letztem Sitzungsabschnitt beschlußunfähig gemacht worden war.

Der Kellerterrat, der Donnerstag, den 1. September vor Plenarbeginn zusammentritt, wird zu entscheiden haben, wie lange der September-

Sitzungsabschnitt dauert und ob und wann die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Die Fühlungnahme zwischen Zentrum und Nationalsozialisten in der Frage der Neubildung der preussischen Regierung ist heute fortgesetzt worden, mit einer Aussprache zwischen dem Landtagspräsidenten Kerrl und dem Vertreter des Zentrums Abg. Dr. Graf. Das Datum des 1. September für die Plenarsitzungen ist allerdings infolgedessen ungünstig gewählt, als um diese Zeit in Essen der Katholikentag stattfindet, an dem die Zentrumsabgeordneten teilnehmen wünschen. Das Zentrum hat deshalb Bemühungen unternommen, den Tagungstermin um einige Zeit hinauszuschieben.

Gegen die Weimarer Verfassung.

Berlin, 20. August. Wie das Nachrichtenbüro des BDb meldet, hat der Führer der jungdeutschen Bewegung, Arthur Mahr, an unter Zustimmung der Unterführer des Jungdeutschen Ordens aus dem ganzen Reich den Reichspräsidenten von Hindenburg die Bitte unterbreitet, einen Ausschuss einzuberufen, der den Entwurf einer Verfassungsänderung zur Abstellung von Mängeln der Weimarer Verfassung ausarbeiten solle.

In dem Schreiben, das nach Neudorf gerichtet wurde, heißt es, die Führer der jungdeutschen Bewegung richteten die dringende Bitte an den Reichspräsidenten, durch sein persönliches Eingreifen der unerträglichen parteipolitischen Verwirrung ein Ende zu bereiten. Der Grund der Verwirrung sei in der schrankenlosen Herrschaft der Demagogie zu sehen, die durch Mängel in der Verfassung von Weimar möglich geworden sei. Die Beseitigung der Verwirrung sei nur durch einen Ausbau der Verfassung zu erreichen.

Dazu ist wohl zu sagen, daß nicht die Weimarer Verfassung an dem innerpolitischen Zustand Deutschlands schuld ist, sondern die unbegreifliche Duldsamkeit, die die Republik und ihre Träger gegen die Feinde der Verfassung übten.

Trotzki sagt Krieg voraus. Für den Fall, daß Hitler zur Macht kommt.

Berlin, 20. August. Leo Trotzki, der ehemalige Oberkommandierende der sowjetrussischen Armee, schrieb Freitag in dem Blatte „Die Aktion“ einen Artikel, in dem er erklärte, daß es in dem Augenblicke, in welchem Hitler in Deutschland zur Macht gelangte, unausweichlich zu einem Krieg zwischen Deutschland und Sowjetrußland kommen würde. Trotzki empfiehlt den Sowjets, einige Reservejahrgänge zu mobilisieren.

Die Gläubigen fressen alles. Hitlers Blamage weckt „ungeheure Freude“ bei den Nazis.

München, 20. August. Am Donnerstag, den 18. August fand laut Nationalsozialistischer Korrespondenz in München in den neuergerichteten Räumen der Reichsorganisationsleitung der NSDAP eine Besprechung der Reichs- und Landesinspektoren der Partei unter dem Vorsitz des Reichsorganisationsleiters Gregor Straßer statt. Es wurde eingehend die politische Lage erörtert und wichtige organisatorische Fragen durchbesprochen. Die Landesinspektoren gaben der Reichsorganisationsleitung ein Bild der Partei in den einzelnen Gauen, wobei sie zum Ausdruck brachten, daß die feste und unerschütterliche Haltung des Führers gegenüber den „Sirenenklängen des Kabinetts Papen“ ungeheure Freude unter den Parteigenossen ausgelöst habe.

Brüning in Rom.

Berlin, 20. August. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, hat Dr. Brüning dieser Tage eine Aussprache bei Reichswehrminister von Schleicher gehabt. Dr. Brüning hat sich darauf nach Rom begeben, um dort mit Dr. Kaas wegen der innerpolitischen Entwicklung in Deutschland Fühlung zu nehmen.

Kommunisten schließen auf Polizeibeamte.

Zolingen, 20. August. (Tsch. P.-B.) Auf der Haan-Hildener Heide nahmen gestern mitternachts Kommunisten eine verbotene Geländebübung vor. Als das alarmierte Ueberfallkommando erschien, wurden die Beamten von den Kommunisten beschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer. 41 Mann wurden festgenommen. Sie werden vor das Sondergericht gestellt werden.



Zu den politischen Attentaten in Deutschland.

Bei Kottbus in dem Dorfe Groß-Gaglow wurde ein Bombenattentat auf einen Neubau eines Einfamilienhauses, das von einer jüdischen Baugenossenschaft erbaut wurde, verübt. Rechts das Haus vor dem Attentat, links das Haus nach dem Attentat.

Hinduvertreter protestieren.

Gegen die Bevorzugung der Mohammedaner.

Simla, 20. August. (Reuter.) Die Delegierten der Sikhs bei der Konferenz am Runden Tisch und die Mitglieder des sogenannten Beratungsausschusses Udahal Singh und Sampuran Singh sandten dem britischen Vizekönig ein Schreiben, in dem sie ihre Demission bekannt-

geben. Sie erklären in ihrem Schreiben, daß es ihnen nicht möglich sei, Mitglieder irgend eines Organismus zwecks Umarbeitung der Verfassung zu sein, da die Entscheidung der britischen Regierung in Angelegenheit der Gemeindeverwaltung, in denen den Mohammedanern eine unveränderte Mehrheit im Bendshab gewährt wird, schon jetzt zeige, wie diese neue Verfassung aussehen werde.

Ein Hoffnungsstrahl aus Amerika?

Seit mehreren Tagen bringt die bürgerliche Presse verschiedene Meldungen, aus denen hervorgeht, daß in den Vereinigten Staaten sich wieder ein gewisser Optimismus über die wirtschaftliche Entwicklung bemerkbar macht. Die Hoffnungen auf eine baldige Wendung der Konjunktur von der Krise zu neuer Prosperität stützen sich vor allem auf die Bewegung der Warenpreise und die Entwicklung der Kurse der Aktien und anderer Wertpapiere. In der Tat zeigt ein Blick auf die Preisbewegung in den Vereinigten Staaten, daß scheinbar der Preisrückgang bei den Rohstoffen seinen Tiefpunkt erreicht hat und daß die Preise allmählich wieder anziehen. Diese Aufwärtsbewegung der Warenpreise und Aktienkurse ist aber nur durch eine neue Kreditinflation der amerikanischen Notenbanken, die den wesentlichen Bestandteil des Hoover'schen Wirtschaftsprogrammes bildet, hervorgerufen worden. Seit vielen Monaten bildet die Frage der Anhebung der Wirtschaft durch Gewährung billiger Kredite im großzügigen Maße an die Industrie und durch systematische Stützungsaktionen namentlich auf den Rohstoffmärkten den Gegenstand der öffentlichen Diskussion. Bereits im vergangenen Jahre wurden in den Vereinigten Staaten ähnliche Versuche eingeleitet, die indessen nicht die erwartete Wirkung zeigten. Der jetzige Versuch der Krisenbekämpfung wurde aber mit dem Aufwand großer Mittel ausgenommen: Die für den Wiederaufbau der amerikanischen Wirtschaft eigens gegründete Reconstruction Finance Corporation hat die Ermächtigung erhalten, Kredite im Betrage von etwa drei Milliarden Dollars zum Teil direkt an die Industrie zu gewähren, zum Teil für öffentliche Arbeiten und zur Stützung der Preise von Rohstoffen und Getreide zu verwenden. Solche Stützungsaktionen werden vor allem bei Getreide und Baumwolle vorgenommen, deren Absatz durch die Ausdehnung der Weltwirtschaftskrise sehr stark zurückgegangen ist und die für die Vereinigten Staaten ausgesprochene Exportwaren darstellen. Durch Ankauf und Einlagerung größerer Mengen von Baumwolle und Getreide soll das Angebot auf dem Markte künstlich verringert werden, um Preiserhöhungen zu erzielen, wobei man hofft, der Wirtschaft einen neuen Anreiz zu neuer Tätigkeit zu geben. Die bisherigen Ergebnisse scheinen den Befürwortern dieser Maßnahmen recht zu geben. Die Preise vieler Rohstoffe haben angezogen. Man spricht von einer Haufe und schließt daraus, daß nun endlich die Wendung zum Besseren auf dem Wege ist. So verzeichnen die Preise von Baumwolle, Kaffee, Öl und Getreide und verschiedener Metalle einen bemerkenswerten Anstieg. Auch die Lage der Effektenmärkte scheint zum Optimismus zu berechtigen. Die Kurse der meisten führenden Papiere sind nicht unerheblich gestiegen. Alle diese Erscheinungen haben in den Vereinigten Staaten einen neuen Konjunkturoptimismus hervorgerufen, der bei der Trostlosigkeit der Wirtschaftslage natürlich auch in Europa auf freudigen Wiederhall gestoßen ist.

Dieser Optimismus dürfte aber verfrüht sein. Es ist kaum anzunehmen, daß der Erfolg der amerikanischen Krisenbekämpfung die Hoffnungen rechtfertigen wird, die daran geknüpft werden. Die amerikanische Konjunkturpolitik geht von einer falschen Beurteilung der Krisenursachen aus. Sie beruht auf der Auffassung, daß die tiefste Ursache der Krise im Kapitalmangel besteht und daß es daher nur der Erleichterung und Verbilligung der Kapitalbeschaffung bedarf, um den leerlaufenden Apparat der Wirtschaft wieder produktiv zu beschäftigen. Ganz übersehen wird aber, daß die wesentlichste Ursache der Krise in der aus verschiedenen Gründen weit

über die Aufnahmefähigkeit des Marktes hinaus aufgeblähten Produktion und Leistungsfähigkeit der Industrie und Landwirtschaft besteht. Schon einmal hat die Wirtschaft der Vereinigten Staaten die Illusion, daß das Problem der Wirtschaft sich in einer geschickten Welpolitik erschöpft, sehr hart büßen müssen. Der Wunderglaube an die Ewigkeit der amerikanischen Hochkonjunktur, der in der ganzen Welt beinahe zur Legende wurde, war im Grunde genommen nur das Ergebnis einer künstlichen, durch eine maßlose Kreditinflation hervorgerufene Prosperität, die eine solche Erweiterung der Leistungsfähigkeit der Industrie hervorrief, daß unausweichlich jene schwere Enttäuschung des Jahres 1929 kommen mußte, die den hemmungslosen Optimismus der Prosperitätsjahre durch einen beinahe ebenso hemmungslosen Pessimismus verdrängte. Die Investitionen in der Industrie und im Baugewerbe sind in den letzten Jahren vor 1929 ununterbrochen gestiegen. Eine fieberhafte Bau- und Investitionstätigkeit setzte ein, die beinahe alles, was man bisher vom amerikanischen Wirtschaftswunder wußte, in den Schatten stellte. Aber schon damals zeigte sich, daß der Konsum mit der sich ständig erweiternden Erzeugung nicht Schritt hielt. Man griff auch zu dem Mittel einer künstlichen Steigerung des Konsums, indem man in einem für amerikanische Verhältnisse ipejifischen Ausmaße das Abzahlungsgeschäft pflegte. Viele Waren, die sich die minderbemittelte Bevölkerung aus ihren laufenden Einkünften und Ersparungen nicht leisten konnte, wurden durch das Abzahlungs- oder Ratengeschäft dem breiten Publikum zugänglich gemacht. Das bedeutete aber nichts anderes, als daß man den künftigen Konsum durch Kreditgewährung an die Verbraucher vorweggenommen, also eskompiert hat. Dieser Verbrauch entsprang also nicht dem tatsächlichen Einkommen des laufenden Publikums, sondern einer durch Kreditgewährung künstlich hervorgerufenen Kaufkraft.

Das Gesamtergebnis dieser Jahre hindurch während u n e c h t e n Prosperität war eine dauernde Steigerung der Leistungsfähigkeit der Industrie weit über den normalen Konsum hinaus und die Fehlleitung ungeheurer Kapitalwerte, deren Verwertung aussichtslos ist. Der Abstieg der amerikanischen Prosperität mußte in dem Augenblick bemerkbar werden, da die Rationalisierung der Erzeugung durch Freisetzung großer Arbeitermassen selbst für eine Einschränkung des Verbrauches sorgte. Es ist kein Zufall, daß aus der Sorge um die Verzinsung dieser an falschen Stellen investierten immensen Kapitalsummen in den Vereinigten Staaten die Neigung zur Monopolisierung der Erzeugung und zum monopolistischen Preisdiktat so überaus stark selbst bei solchen Waren- und Erzeugergruppen um sich gegriffen hat, deren Produkte sich nur schwer zu monopolistischen Preisbildungen eignen.

Die neue Konjunkturpolitik des Präsidenten Hoover scheint also in denselben Fehler zu verfallen, der in den Jahren der Prosperität und des Aufschwunges von den amerikanischen Banken begangen wurde. Der tra-

gische Irrtum der kapitalistischen Wirtschaftspolitik, der, je länger er besteht, um so sicherer zur Katastrophe führt, beruht darin, daß übersehen wird, daß es nur einen Weg aus der Krise gibt, das ist die Anpassung des Verbrauches an die Produktion. Die amerikanischen Maßnahmen gehen aber den entgegengesetzten Weg. Sie wollen die Produktion anregen und vergrößern und ihr durch künstliche Beeinflussung des Preisniveaus eine gewisse Rentabilität sichern. Schon jetzt kann nichts darüber hinwegtäuschen, daß die Er-

holung der Preise einiger Rohstoffe und der Aktienkurse auf einer Illusion beruht und daß die Spekulation, die durch erleichterte Kreditgewährung wieder eine neue Aktionsbasis gefunden zu haben glaubt, um sich von den schweren Verlusten seit 1929 zu erholen, das ihrige dazu beigetragen hat. Nur allzubald dürfte sich zeigen, daß der großzügig begonnene Versuch der amerikanischen Konjunkturpolitik durch Einsatz an der falschen Stelle die erwünschte neue Prosperität nicht herbeiführen wird.

Konferenz von Ottawa beendet.

Ottawa, 20. August. Die Reichskonferenz in Ottawa ist heute vormittags mit einer Vollziehung abgeschlossen worden, in der der Bericht des ersten Ausschusses angenommen wurde. Sodann wurden die Abkommen Englands mit Australien, Südafrika, Neuseeland, Indien, Neufundland, Rhodesien und Kanada unterzeichnet.

Arbeiterpartei gegen Ottawa.

London, 20. August. (Reuter.) Lansbury, einer der Arbeiterführer, sprach heute in einer Versammlung in Carlisle, wobei er auch auf die soeben beendete Reichswirtschaftskonferenz in Ottawa zu sprechen kam.

Es wäre ein Fehler, führte Redner aus, anzunehmen, daß die gegenwärtige Regierung das ganze Volk für eine Reihe von Jahren an die Schutzollpolitik binden könnte. Wir wünschen, sowie alle anderen, gute Beziehungen zu den Dominionen, wollen aber um diesen Preis nicht die Beziehungen zu den skandinavischen, südamerikanischen Staaten und Rußland unterbrechen. Die Arbeiterpartei fordert solche internationale Abmachungen, die gestatten, daß die Weltwaren richtig und verständlich unter den verschiedenen Staaten entsprechend ihren tatsächlichen Bedürfnissen ausgetauscht werden.

Schießereien in Oesterreich.

Nazis überfallen Schutzbündler.

Wien, 20. August (Tsch. P.-B.) In der Nacht auf gestern kam es in Wistring in Kärnten nach einer militärischen Übung der Nationalsozialisten, an der auch eine Kolonne von Nationalsozialisten aus Klagenfurt teilnahm, zu einem Zusammenstoß mit Angehörigen des Republikanischen Schutzbundes. Zwischen beiden Parteien entwickelte sich eine Schießerei, bei der 20 bis 30 Schüsse abgegeben wurden. Nur dem Umstand, daß beide Parteien aus Deckungen schossen, ist es zu verdanken, daß niemand getötet oder verletzt wurde. Die Schießerei fand durch die Intervention der Gendarmerie ihr Ende, die mit aufgeplanten Bajonetten die Nationalsozialisten zum Rückzug nötigte. Hierbei wurden fünf Personen verhaftet. — Später überfiel eine Gruppe von Nationalsozialisten zwei Angehörige des Republikanischen Schutzbundes und verletzten sie.

In Klagenfurt gab ein aus Wistring zurückkehrender Nationalsozialist beim Gange des sozialdemokratischen Arbeiters Heuß Schüsse ab, und verletzten diesen so schwer am Kopfe, daß er ins Krankenhaus überführt werden mußte. In beiden Fällen gelang es den Tätern zu entkommen.

Alpine Montan entläßt 1000 Arbeiter!

Wien, 20. August. In den Hüttenwerken der Alpine Montan-Gesellschaft in Donawitz in Steiermark wurden heute 1000 Arbeiter entlassen. In den Unternehmen sind nur 200 Arbeiter verblieben, die u. a. den einzigen Hochofen, in dem noch gearbeitet wird, bedienen.

Einheitsfrontkomödie.

Wie wenig ernst es den Kommunisten mit der Einheitsfront ist, beweist ihr Vorgehen in Wagstadt.

Dort hatte für vergangenen Donnerstag die A. P. C. eine öffentliche Versammlung mit dem Thema „Einheitsfront“ festgesetzt und am gleichen Tage hatte unsere Partei eine Mitgliederversammlung einberufen, zu welcher Gen. Krejčí, Prag, als Referent erschienen war, der über die Deutschlandswahlen sprechen sollte. Noch vor Eröffnung der sozialdemokratischen Versammlung, — die nebenbei gesagt sehr gut besucht war und deshalb schon den Zorn der Kommunisten hervorgerufen haben mag, — erschien eine sieben Mann starke Abordnung, die angeblich von der kommunistischen Versammlung abgeschickt worden war, die durch ihren Führer,

den Sekretär Luft, eine Antwort auf die Frage haben wollte, wie sich die Sozialdemokraten zur Bildung der proletarischen Einheitsfront stellen. Darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich in einer Parteiversammlung befinden und kein Recht haben, in die Versammlung einzudringen und Abstimmungen zu verlangen oder, wie es Herr Luft wollte, selbst vorzunehmen, erklärten sie unter stürmischem Protest, daß sie ihrer Versammlung also mitteilen werden, daß die Sozialdemokraten die Einheitsfront ablehnen. Sie forderten schließlich, daß die Versammlung der Sozialdemokraten aufgelöst werde, um in der kommunistischen ihre Fortsetzung zu finden. Die Antwort der Versammlung darauf war sehr deutlich; sie hieß: „Dinaus!“ Aber die Kommunisten, die ohne Glorienschein in ihre Versammlung nicht zurückkehren wollten, verlangten nun, man möge sie hinauswerfen.



Klara Zetkin,

die den Reichstag als Alterspräsidentin eröffnen soll, ist in Rußland schwer erkrankt.

aber dieser Gefallen wurde ihnen nicht erwiesen, so daß sie sich schließlich ohne Würdenträger und ziemlich blamiert in ihre Versammlung zurückziehen mußten, nicht ohne die Vorherrschaft mitzunehmen, daß die Sozialdemokraten jeden Tag die Einheitsfront zu bilden bereit seien, jedoch unter sozialdemokratischer Führung, weil die Führer der A. P. C. zur Genüge bewiesen haben, daß sie die Einheitsfront nicht wollen und alles tun, um sie unmöglich zu machen.

Damit fand das Zwischenspiel, das die Kommunisten im richtigen Lichte und in ihrer ganzen Frechheit zeigte, sein Ende.

Der Volksport-Prozess.

Noch immer Materialverlesungen.

Brünn, 20. August. (Eigenbericht.) Auch die heutige Verhandlung im Volksport-Prozess wurde zur Gänze von der weiteren Verlesung des bei den Angeklagten beschlagnahmten schriftlichen Materials ausgefüllt, ohne daß zur Klärung des Tatbestandes neue wesentliche Momente erbracht werden konnten. Die verlesenen Zeitungsartikel, Briefe, Gedichte, Rundschreiben u. dgl. förderten gegenüber den früheren Projekttagen nichts Neues zutage. Demzufolge beginnt auch das Interesse der Öffentlichkeit sichtlich zu erlahmen. Zum erstenmale seit Beginn des Prozesses fand die heutige Verhandlung vor fast leerem Saale statt, was nicht nur auf die drückende Hitze im Verhandlungssaal, sondern vor allem auf die dauernde Monotonie der Verhandlung zurückzuführen ist. Auch der Staatsanwalt begleitet die Materialverlesungen nicht mehr wie früher mit langen Einvernahmen der Angeklagten. Die Corpora delicti werden nach der Verlesung gewöhnlich ohne längere Debatte zu den Akten genommen. Der letzte Teil der heutigen Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, da der Staatsanwalt die Verlesung beschlagnahmter oder zurückgehaltener Artikel aus dem „Subtendentes Beobachter“ verlangte. Wie bereits berichtet, unterwarfen sich die Herausgeber dieses Blattes freiwillig einer Vorzensur durch den leitenden Staatsanwalt, indem sie schon die Bürtelabzüge der beabsichtigten Veröffentlichungen vorlegten und die dabei beanstandeten Artikel überhaupt nicht erscheinen ließen. Eine Anzahl dieser Bürtelabzüge hat nun der Staatsanwalt dem Gericht als Beweismittel vorgelegt. In den Mittagsstunden wurde die Verhandlung auf Montag früh vertagt.

Der Niemand rebelliert

Die Geschichte eines Arbeiters.

Von Karl Hans Schöber und Erich Krauß.

Das Tor kracht und bricht auseinander. Holla, drauß! Zum Schießen haben die Hasen keine Zeit mehr. Drauß!

Dieten packt einen Offizier und drückt ihn in einen Wasserbottich. Ich mußte einmal Leichenwasser laufen, und der Bestie graut vor dem bissel Kaltwasser.

Und dann fallen wir mit über die anderen her. Die Mützen und Monturfedern fliegen nur so herum.

Ueber uns reißt die Kameraden die Fenster auf. Sie haben die Proviant- und Monturdepots erstickt. „Achtung!“ Volle Säcke Mehl, Zucker, Pfeffer, Paprika und Kukuruz fliegen aufs Pflaster. Wir packen uns die Taschen voll. Einer bindet sich die Unterhose fester um die Beine, und ich schauke mit der Mütze das Mehl in meine Hosentaschen, bis er wie ein aufgeblasener Ballonreißer vor mir steht. Wie er über den Hof schwanzt, staubt das Mehl aus dem Holentürl.

„Wer schon einmal gefahrt hat, soll nicht wieder antreten!“ Dieten ist besorgt, daß für die anderen nichts übrig bleibt. Gunda schwingt einen Ballen Leder nach dem anderen in die Masse.

Eine Frau erwischt einen Ballen. „Lach mir ihn, mein Mann ist gefallen, ich hab fünf Kinder.“

Um die Monturhaufen stoßen sich die Kameraden. Das ist keine leichte Arbeit, jedem einen Ballen zuzuwerten. Immer, wenn ich einen Ballen aufhebe, langen hundert Hände danach.

Langsam marschieren wir über den Hauptplatz. Ein Redner spricht zu der Menge. Er

schließt mit den Worten: „Wir schwören am heutigen Tage, dem Unrecht ein Ende zu bereiten. Das alte Oesterreich ging mit all seinen Greueln zum Teufel. Das ganze Land ist in Aufruhr. Es lebe das Weltproletariat, es lebe die Revolution!“

„Es lebe das internationale Weltproletariat! Es lebe die Revolution!“

„Völker, hört die Signale, auf zum letzten Gefecht — — —“ Der Gesang erbraust mächtig über den Platz.

Das war ein toller Tag!

VIII. Kapitel.

Richtung Heimat.

„Du willst also heute schon gehen?“ Gunda hat hier keine Ruhe mehr. „Ich muß heim, ich muß unbedingt mithelfen, in unserem Ort die Organisation und Gewerkschaft aufbauen.“

„Damit du uns nicht vergißt, da — — —“ Dieten reicht ihm zum Andenken einen Rapportzettel, auf dem wir drei namentlich angeführt sind und zu drei Tagen Arrest verdonnert wurden. Die Strafe brauchen wir nicht abzujagen. Die Revolution hat diesen Schindern einen Strich durch die Rechnung gemacht.

„Ich werde euch nie vergessen“, lacht Gunda. Er redt noch etmal seine Rechte zum Abteilfenster herans: „Servus! Servus!“

Wir drücken uns fest die Hände: „Brudergruß!“

Der Zug fährt aus der Halle.

Wir versammeln uns vor dem Bürogebäude. Verschiedene Vorgesetzte müssen sofort entlassen werden, wenn der Streik nicht weitergehen soll. Die Aufzionierer und Schindler müssen hinaus. Dieten liest unsere Forderungen vor. Wir fordern:

1. Den Achstundentag.

2. Trennung der Kirche vom Staat.
3. Abschaffung der Betriebskrankentassen.
4. Sofortige Absetzung des Klassenarztes.
5. Freie Arztwahl.
6. Abhaltung der Betriebsversammlungen am Werkhof.
7. Sofortige Abschaffung der Ueberstunden-schieberei.
8. Sofortige Wahl von Vertrauensmännern.
9. Einmalige Vertrauensmännertwahl im Jahre.
10. Das Betriebsrätegesetz.
11. Anerkennung der freien Gewerkschaft und ihrer Führer.
12. Errichtung von Arbeiterkonsumvereinen.
13. Sofortige Lohnerhöhung um 25 Prozent.
14. Mitbeteiligung an dem Reingewinn der Jahresproduktion.
15. Einsicht in die Finanzgebarung.
16. Wahl von Arbeitern in den Verwaltungsrat.
17. Erhebung des 1. Mai zum Staatsfeiertag.
18. Ausschaltung der Lehrbuben und jugendlichen Arbeiter unter 17 Jahren aus den produktiven Betrieben.
19. Abschaffung der Nachtarbeit für Lehrbuben, Jugendliche und Frauen.
20. Die Altersversorgung.
21. Heilstätten für Kranke und verkrüppelte Arbeiter, Frauen und Kinder.
22. Sofortige Rentenverweisung an die Hinterbliebenen, deren Ernährer durch einen Unfall arbeitsunfähig oder getötet wurde.
23. Versorgung, wenn der Ernährer durch politische Agitation im Betriebe entlassen wurde.
24. Versorgung, wenn der Ernährer ununterbrochen mindestens fünf Jahre in Arbeit stand und als Frontsoldat gefallen ist.
25. Novellierung des Gesetzes für Unfallversicherung.

26. Sofortige Stundenlöhne für Lehrbuben, Hilfsarbeiter und Professionisten.
27. Schaffung von Lohnverträgen.
28. Das Urlaubsgesetz.
29. Die Arbeiteraufnahmen und Arbeiterentlassungen durch die Vertrauensleute.
30. Entloftung derjenigen, die die freie Gewerkschaft oder die rote Einheitsfront herabschufen.
31. Die rote Fahne am 1. Mai auf dem Bürogebäude.
32. Vierteljährlich die Auszahlung einer Notaushilfe.
33. Ausfolgung von Monturen, Handtüchern und Seife an alle Arbeiter, die mit Teer, einer Säure oder Bleifarben arbeiten.
34. Ausreichende Schutzvorrichtungen an den Maschinen.
35. Ausreichende und helle Beleuchtung bei Nachtarbeit.
36. Aufstellung von Ventilatoren in den Betrieben.
37. Ausfolgung von schwarzem Kaffee oder eines lachsaurehaltigen Getränkes an alle Warm-Arbeiter.
38. Sofortige Errichtung eines Hüttenbades.
39. Umgestaltung des Sanitätsraumes in einen modernen Untersuchungs- und Operationsaal.
40. Abschaffung der Tantiemen.
41. Ausfolgung von Kohle und Holz zu Regiepreisen an die Arbeiter.
42. Sofortige Zuteilung von Heizern auf die Werkslokomotiven.
43. Jeder Lokomotivführer, der ohne Heizer fährt, wird entlassen.
44. Das ZwangsEinstellungsgesetz für Kriegsinvaliden.
45. Versorgungsgesetz für Kriegsinvaliden.
46. Entloftung aller jener, die der freien Gewerkschaft nicht beitreten.

(Fortsetzung folgt.)

